



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/23

27. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum einseitigen Briefverkehr Ost - West	S.1
Was der Parteitag der Nenni"Socialisten"bewies	S.3
Die Deutschland-Mission des Sonderberaters Cooper	S.4
Fond für intellektuelle Freiheit	S.5

Wird Grotewohl noch einmal schreiben ?

R.D. Nach der Antwort des Bundeskanzlers auf den ersten Brief Otto Grotewohls scheint uns in Westdeutschland kein Anlass zu sein, dass er uns noch einmal schreibt. Aber selbst wenn er auch der Ansicht wäre, dass es für ihn zurzeit nicht möglich ist, seinen Einfluss auf die westdeutsche Bundesrepublik auszudehnen, so wird er doch schreiben müssen. Das ist auch bereits angekündigt. Er selbst hat weder auf den Text des Schreibens noch auf den Termin seiner Absendung den geringsten Einfluss, beides wird "höheren Orts" bestimmt, wie bei dem ersten Brief und dafür gibt es bestimmte Gründe.

Bis heute stehen weder Termin noch Tagesordnung der nächsten Außenminister-Konferenz fest und es ist nicht einmal sicher, ob es nicht nur eine vorbereitende Konferenz der stellvertretenden Außenminister werden wird. Fest steht nur, dass man sich irgendwann zusammensetzen muss, um auch über Deutschland zu reden. Wie günstig für den Kreml, wenn er dann erstens darauf verweisen kann, dass das "Gespräch der Deutschen untereinander" noch im Gange ist, also noch gar nicht feststeht, ob sich die Deutschen für "Ost" oder "West" oder etwa gar für "neutral" entscheiden und zweitens, ob die Westmächte unter diesen Umständen überhaupt ein Mandat haben, für "die Deutschen" zu sprechen. Der Osten sammelte sich bekanntlich dazu einige tausend Unterschriften.

In Westen wird auch oft nicht verstanden, warum selbst vor offi-

ziellen Gremien wie der UNO oder dem Sicherheitsrat von Vertretern der Oststaaten Unwahrheiten, die bereits widerlegt wurden, stupide wiederholt werden. Man weist eben nicht, dass die Sowjetvertreter diese Reden sozusagen aus dem Fenster der UNO an ihre Satelliten-Völker halten und was dort vor den Ohren der Welt gesagt werden kann, muss doch wahr sein. Ebenso stupide wird Otto Grotewohl sein abgelehntes Angebot wiederholen müssen, weil man im Osten den Beweis des Einheitswillens und der völligen Handlungsfreiheit des Ostzonen-Kabinetts braucht und die Bundesregierung als imperialistenhörige, in ihrer Entscheidung gebundene Einheitsgegner und Kriegshetzer brandmarken will.

Das lange Hinauszögern einer Antwort auf den ersten Grotewohl-Brief hat den in Westdeutschland völlig abgewirtschafteten Bolschewisten eine seit langem vermisste günstige Position geschaffen. Hier hatten sie Gelegenheit, eine Art Stamtisch-Politik zu entfalten und völlig unmaßgeblichen Stimmen eine Resonanz zu geben, als spräche jede von ihnen für mindestens den halben westdeutschen Bund. Im In- wie im Ausland hat diese Demonstration "innerer deutscher Zerrissenheit und Unentschlossenheit" (ausser in Moskau) einen ausserordentlich schlechten Eindruck gemacht und Westdeutschland Skepsis und Misstrauen eingetragen. Der Dank des Ostens war Hohngelächter und nun neue Aktionen.

Wenn heute Presse und Rundfunk in völliger Umkehrung der Tatsachen hinsichtlich der Antwort der Bundesregierung an Grotewohl "völlige Einmütigkeit zwischen Bundeskanzler und Opposition" konstatieren und sogar geschrieben wird: "Schumacher sekundiert Adenauer", so ist es neben anderen Gründen gerade diese verspätete Antwort und die durch sie demonstrierte Entschlusslosigkeit, die den Sozialdemokraten Unbehagen macht. Ohne Prioritätsrechte in Anspruch zu nehmen, darf man wohl fragen, ob es nicht der Bundeskanzler war, der sich in seiner Antwort dem Standpunkt Dr. Schumachers angenähert hatte statt umgekehrt. Vielleicht lag gerade darin ein Grund zur Verzögerung, dass es Dr. Adenauer so schwer wurde, den von der Opposition vorgezeichneten einzig möglichen Weg zu gehen.

Grotewohl wird wieder schreiben müssen und selbst ermutigt sein durch seinen Erfolg. Hoffentlich hat man nun in Bonn gelernt, früh genug die notwendige Entscheidung zu treffen.

Domaskierung bei den Nenni-"Sozialisten"

v.s., Rom, im Januar 1951

Die italienischen Kommunisten wollten den Besuch des Generals Eisenhower in Rom zu einer grossen Kraftprobe mit der Regierung gestalten. Das ist misslungen; immerhin gab es bei Zusammenstössen im Po-Delta und in zwei sizilianischen Städtchen drei Tote und diese drei Toten, beklagenswerte Opfer der kommunistischen Revolutionsgymnastik, haben natürlich den Kommunisten neuen Agitationsstoff als "die ersten italienischen Opfer Eisenhowers" geliefert. Aber sie haben andererseits ein tragikomisches Nachspiel auf dem Parteitag der sogenannten Sozialistischen Partei Italiens (P.S.I.) in Bologna gehabt. Diese einst wichtige Partei war ja schon lange unter Führung Nennis zu einem blossen Anhängsel der K.P. geworden. Doch wollten das viele Menschen in Italien und im Auslande immer noch nicht glauben. Man sprach nach wie vor von einer gärenden Opposition, die gegen diese Gleichschaltung rebellieren werde. Sie sollte nun in Bologna unter Führung des Sohnes des grossen Giacomo Matteotti, Giancarlo Matteotti, (dessen älterer Bruder Matteo schon vor vier Jahren ausgeschieden war), auf den Plan treten und trotz dem angedrohten Ausschluss für eine selbständige sozialistische Politik kämpfen.

Aber siehe da! Nachdem am zweiten Tage des Kongresses ein Abgeordneter namens Sarpietro unter empörten Zwischenrufen der meisten Delegierten für eine Distanzierung von den Kommunisten gesprochen hatte, verzichtete der junge Matteotti am folgenden Tage überhaupt auf das Wort und zog seine oppositionelle Resolution zurück mit der Begründung (in einem Briefe an die Parteileitung), dass die drei Toten des Vortages eine Mahnung zur Einheit der Partei und des Proletariats seien und man daher taktische Auseinandersetzungen auf ruhigere Zeiten verschicken müsse.

So ist die angekündigte Rebellion, die ohnedies nur eine verschwindende Minderheit dieser längst nicht mehr demokratischen Partei erfasst hätte, völlig verpufft. Dagegen hat die Führung jeden Versuch aufgegeben, ja sogar empört zurückgewiesen, sich von den Kommunisten irgendwie politisch zu unterscheiden. Sie hat aber sogleich sorgfältig vermieden, zu erklären, warum dann überhaupt die Verschmelzung mit den Kommunisten

nicht schon längst durchgeführt worden ist. Sonst hätte sie zugeben müssen, dass dies ein mit den Kommunisten abgekartetes Spiel ist, um unter falscher sozialistischer Flagge immer noch gewisse Wählerschichten für kommunistische Ziele zu gewinnen.

Die P.S.I. ist schon lange, und besonders jetzt nach dem Kongress in Bologna, genau so "sozialistisch" wie die SED in Ost-Deutschland. Und das haben die SED-Führer in reichlich plumper Weise selber dokumentiert, indem sie nach Bologna keinen anderen zu delegieren wussten, als den biederen Wilhelm Koenen, der seit fast 30 Jahren Mitglied der KPD-Zentrale ist, also wohl zu den ältesten deutschen Kommunisten nach Wilhelm Pieck zählt. Leider hat die italienische Regierung Koenen das Einreisevisum verweigert, was natürlich zu einem Proteststurm des Kongresses in Bologna und zu einem Sympathie-Telegramm an Koenen den willkommenen Anlass bot. Besser wäre gewesen, den italienischen Arbeitern durch die Anwesenheit Koenens unverfänglich und klar zu beweisen, dass die ganze P.S.I. "ennis schon lange nichts anderes ist als eine politische Vermummung für die Italienische Kommunistische Partei.
Nr.2.

Sonderberater Cooper

sp. Die Praxis der amerikanischen Politik hat eine Vorliebe für den inoffiziellen Berater, den advisor oder special advisor. Der Mann mit einem Namen von Weltgeltung, der diesen Typus mustergültig verkörperte, war Harry Hopkins, special advisor von Franklin E. Roosevelt unmittelbar vor und während seiner Präsidentschaft. Es gab und gibt sogar ganze Gremien solcher Sonderberater, drüben halb anerkennend, halb spöttisch brain trusts (Gehirn-Trusts) genannt. Ohne Zweifel hat sich diese echt amerikanische Einrichtung in vielen entscheidenden Fragen bewährt, obwohl oder vielleicht gerade weil sie so gar nicht in das Schema der traditionellen europäischen Diplomatie passt.

Der ehemalige amerikanische Senator John Sherman Cooper, der Sonderberater des amerikanischen Staatssekretärs für Auswärtiges Dean Achesons, eine hochgewachsene, elegante Erscheinung mit vollem, ergrautem Haar, hat eben eine ausgedehnte Informationsreise durch Deutsch-

land beendet. Er hat sich nicht nur auf eine Fühlungnahme mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer beschränkt; seine Gespräche brachten ihn auch mit den Gewerkschaften, führenden Persönlichkeiten der Parteien, mit Pressevertretern, Studentengruppen usw. zusammen.

Mr. Cooper selbst hat am Abschluss seiner Reise durch die Bundesrepublik erklärt: "Während meines Deutschland-Besuches war ich sehr daran interessiert, aus erster Hand die Haltung der Deutschen - von Regierungsvertretern sowohl als auch von einfachen Staatsbürgern - zu den sie heute besonders interessierenden Fragen zu erfahren, einschliesslich der Haltung über eine deutsche Beteiligung an der westlichen Verteidigung. Selbstverständlich ist für das amerikanische Volk im Hinblick auf die grossen Anstrengungen unserer Regierung die deutsche Haltung in der Verteidigungsfrage von höchstem Interesse."

Das Bild, das die Weltöffentlichkeit von der deutschen Einstellung zu den hier angeschnittenen Fragen hat, ist unscharf und verwirrend vielfältig. Leider trifft das besonders auch für die Nation zu, deren Haltung für das weitere Schicksal Westeuropas und damit Deutschlands am wichtigsten ist. Vielleicht kann der jetzt abgeschlossene Besuch des Sonderberaters Mr. Cooper dazu beitragen, die amerikanischen Vorstellungen vor allem auch über die psychologische Situation in Deutschland zu klären. Das ist unerlässlich für eine Politik der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

+ + + +

"Fond für intellektuelle Freiheit"

H-P. Eine grosse Anzahl von Intellektuellen ist vor und während des zweiten Weltkrieges von der kommunistischen Bewegung angezogen worden. Doch fast ebenso schnell hat die enge Berührung mit dem Kommunismus diese Menschen wieder abgestossen. Während es für diese im Westen lebenden Intellektuellen im allgemeinen ein Leichtes ist, ihren Wirkungskreis zu halten, befinden sich die aus dem östlichen Europa kommenden nicht-kommunistischen Intellektuellen in grosser materieller Not. Dieser Flüchtlinge haben sich nur zwei Organisationen angenommen: der Kongress für kulturelle Freiheit und das International Rescue Committee. Ein sogenannter "Fond für intellektuelle Freiheit" wurde geschaffen, der den Flüchtlingen aus Russland und den Balkanländern helfen soll, ihre Arbeit im Westen fortzusetzen.

Fünf bekannte Schriftsteller versprochen einen bestimmten Anteil ihrer Einkommen dem Fond zuzuführen. Es sind Aldous Huxley, Graham Greene, James T. Farrell, John Don Passos und Arthur Köstler. So konnte bereits Geld für ein russisches literarisches Magazin bewilligt werden, das in München herauskommen wird. Es ist damit zu rechnen, dass weitere international bekannte Schriftsteller den Fond unterstützen werden.

+ + +